

Annoncen:
Annahme-Bureau.
In Posen außer in der
Expedition dieser Zeitung
(Wilhelmstr. 17.)
bei C. L. Ulrich & Co.
Breitestraße 20,
in Grätz bei J. Kreisand,
in Meseritz bei Ph. Matthias,
in Breslau bei J. Jadesohn.

Annoncen:
Annahme-Bureau.
In Berlin, Breslau,
Dresden, Frankfurt a. M.,
Hamburg, Leipzig, München,
Stettin, Stuttgart, Wien:
bei G. L. Pauly & Co.,
Haasenstein & Vogler,
Rudolph Moos.
In Berlin, Dresden, Görlitz
beim „Invalidendank“.

Posener Zeitung.

Einundneunzigster Jahrgang.

Nr. 95.

Das Abonnement auf dieses täglich drei Mal erscheinende Blatt beträgt vierthalbjährig für die Stadt Posen 4½ Mark, für ganz Deutschland 5 Mark 45 Pf. Bezahlungen nehmen alle Postanstalten des Deutschen Reiches an.

Donnerstag, 7. Februar.

Inserate 20 Pf. die sechsgesparte Petzelle oder deren Raum, Reklamen verhältnismäßig höher, sind an die Expedition zu senden und werden für die am folgenden Tage Morgens 7 Uhr erscheinende Nummer bis 5 Uhr Nachmittags angenommen.

1884.

Amtliches.

Berlin, 6. Febr. Der Kaiser hat den Regierungs-Assessor Hübisch zum kaiserlichen Regierungs-Rath in der Verwaltung von Elsaß-Lothringen ernannt.

Der Privatdozent Dr. Albrecht Budge zu Greifswald ist zum außerordentlichen Professor in der medizinischen Fakultät der dortigen Universität ernannt worden.

Der seitige Kommissarische Verwalter der Kreis-Wundarztstelle des Kreises Büren, praktische Arzt Dr. med. Spancken zu Büren, ist definitiv zum Kreis-Wundarzt des Kreises Büren ernannt worden.

Preußischer Landtag.**Abgeordnetenhaus.**

42. Sitzung.

Berlin, 6. Febr. Am Ministerische: v. Gösler.

Präsident v. Röller eröffnet die Sitzung um 11½ Uhr. Die zweite Beratung des Staats des Kultusministeriums wird fortgesetzt.

Zu Kap. 121 (Elementar-Unterrichtswesen) Tit. 1 (Besoldungen 2059339 M.) erhält das Wort

Abg. Seyffardt (Greifswald): Abg. Dr. Windthorst hat wiederholt in Düsseldorf und hier im Hause den „Kampf um die Schule“ für beständig erklärt. Was immer die Regierung der katholischen Kirche fordert hat, ist Alles verlorene Liebesmüh gewesen, denn durch den Abg. Windthorst hat das Zentrum erklärt, nach jedem Frieden über einzelne Konfliktsgegenstände werde es wieder rufen: „Es lebe der Kampf um die Schule; der alte Kampf ist tot, es lebe der neue Kampf!“ Das Zentrum will sich die Schule erobern für seine Zwecke. Abg. Dr. Windthorst hat wohl ausgesprochen, Religion müsse in die Volksschule kommen — in der That aber handelt es sich nur um politische Macht. Alle Anfeindungen Windthorsts gegen unsere Volksschulen dienen nur dem einen Zweck, die Schule wieder unter die Leitung der katholischen Kirche zu bringen. Dies würde aber keinen Segen für unsere Volksschulen bedeuten. Entgegengelegt verhält sich der Kultusminister, die altpreußische gute Tradition tritt wieder in Kraft. Der Herr Minister will die Bestimmungen vom Jahre 1872 durchführen, denn sie sind eine großartige Leistung, auch nach der Meinung des Ministers. Die Kreischulinspektoren erfahren durch dieses erfreuliche Auftreten, daß sie nicht auf den Aussterbenat gelegt werden sollen, daß den gegen sie offen und versteckt erhobenen Anfeindungen nicht Folge gegeben werden soll. — Abg. Dr. Berger behauptet stets, daß in den Volksschulen zu vielerlei, Abg. Mooren, daß zu viel gelehrt würde. Aus den Klagen und Anfragen der beiden Herren wird die Regierung hoffentlich Anlaß nehmen, die Resultate der Volksschulen klar zu legen. Inzwischen aber kann ich dem Abg. Berger aus meiner Erfahrung konstatieren, daß in den Volksschulen durch die Behandlung der Realien der Unterricht der Religion seineswegs leidet. Die Herren des Abg. Mooren kann ich nicht immer völlig ernst nehmen. Seine Belehrungen, daß der Schulzwang den Mädchen über 12 Jahren in sittlicher Beziehung schaden könnte, bestehen doch nur in seiner Fantasie. — Ich weiß recht wohl, daß in Österreich von den Freunden des Zentrums die Schulzeit verkürzt worden ist — aber Österreich ist nicht Preußen und nicht Deutschland. Aber wenn die Herren vom Zentrum trotz des Syllabus sich zu dem allgemeinen Stimmrechte für Deutschland bequemt haben, so werden sie wohl trotz des Syllabus und der Agitation ihrer Genossen in Österreich sich zur Förderung der Volksschulen in Deutschland entschließen müssen, und nicht mit dem Abg. Mooren zusammen geben wollen. Sollte ich mich aber darin täuschen, so erwarte ich, daß die anderen Parteien einträchtig einstehen für die Aufrechterhaltung einer Errungenschaft, die vor allen Kulturvölkern uns ausgezeichnet. (Beifall links.)

Abg. Mooren: Die Rede des Abg. Seyffardt war keine neue, es war seine alte gewohnte Schulrede. Ich will dem Vorredner auf seine persönlichen Angriffe nicht antworten; was er gegen den Führer des Zentrums gefagt hat, darauf wird Exellenz Windthorst ihm besser selbst antworten. (Heiterkeit links.) — Redner wirft der Gesetzgebung des Ministers Falt vor, daß sie die Politik in die Schule getragen und dadurch die Volksschule politischen Strömungen preisgegeben. Familie, Kirche und Gemeinde aber aus der Volksschule verbannt habe. Zum Beweise, wie sehr Politik und Schule verquickt worden, verliest Redner einen Erklar der Düsseldorfer Regierung aus dem Beginn des Kulturkampfes. Eine Kabinetsordre vom Jahre 1825 besagt, daß die Schüler entlassen werden sollen, sobald der Seelsorger sie für ununterrichtet genug hält. Diese Orde wird aber gar nicht weiter beachtet. Der Staat übt durch den Schulzwang ein geistiges Monopol aus; der Unterricht wird so lange ausgedehnt, daß Schule und Kaserne fast zusammen fallen. Der Unterricht ist viel zu detailliert, z. B. über die Aissen (Heiterkeit links), es müssen theure Lehrbücher angeschafft und nach kurzer Zeit wieder durch andere ersetzt werden. So ist es denn jetzt dahin gekommen, daß die Eltern und Kinder sich nicht mehr verstehen, daß die Kinder sich der Eltern schämen. (Widerspruch links.) Dabei werden die Leistungen der Schule immer geringer, es wird ein geistiges Proletariat herangebildet, welches einst auf den Barricaden kämpfen wird. (Gelächter links.) Ich ersuche den Herrn Minister dringend, die Kabinetsordre vom Jahre 1825 wieder zur Geltung zu bringen und beantrete Verkürzung der Schulzeit von acht auf sieben Jahre. (Beifall im Zentrum.)

Abg. Seyffardt (Biegnitz): Ist sittlicher Geist nicht in der Familie, so kann freilich die Schule ihn den Schülern nicht anverleihen. Es ist durchaus Unbetreibung, wenn der Vorredner behauptet, Kinder und Eltern verstehen sich nicht mehr. Die allgemeinen Bestimmungen vom Jahre 1872 sind von allen Lehrern als gut und segensreich erkannt. Ich habe in zwanzigjähriger Tätigkeit meinen Vater und keine Mutter kennen gelernt, die die geistige und sittliche Förderung des Kindes durch die Schule nicht anerkannt oder eine Verkürzung der Schulzeit verlangt hätte. (Sehr richtig! links.) Es ist ein sehr gefährliches Experiment, die Kinder schon mit dem 13. Jahre aus der Schule zu nehmen. (Sehr richtig! links.) Die Schulbildung ist von Jahr zu Jahr besser geworden; unser Schulwesen hat einen schweren Kampf gesiegt, bis es auf diese Höhe gekommen. Mitteln Sie an dem Schulzwang, so rütteln Sie an den Grundsteinen des Preußischen Staates! (Beifall links.) Freilich muß noch mehr für die Schule gethan und ihr mehr Mittel gewährt werden. Ich möchte aber bitten,

dass man uns nicht allein auf den Eingang neuer Steuern verweist, denn das hieße, die Sache ad calendas Graecas vertagen. Eine größere Dotirung der Schule ist aber durchaus nothwendig; sie liegt im Interesse Aller und besonders der Unterrichtsverwaltung. — Das Gesetz über die Unterbringung sittlich verwahrloster Kinder ist von der Schule freudig begrüßt worden, denn sie hat durch die Entfernung solcher Kinder von der Schule den größten Nutzen. Aber das Gesetz betrifft nur bereits sittlich verwahrloste Kinder, während es viele Kinder in der Schule gibt, die sichtlich dem sittlichen Untergange entgegengehen. Ein Gesetz für diese Kinder fehlt aber gänzlich. Der Nutzen den eine zweitmäßige Bestimmung für diese unglücklichen Kinder bringen würde, ist so groß, daß die Lasten, die dadurch herbeigeführt werden, gar nicht in Betracht kommen. Es handelt sich um Hebung der Sittlichkeit und da kann kein Bedenken und keine Last uns beeinflussen, das was als nötig erkannt, auch zu thun. (Beifall links.)

Abg. Knörke: Die Erklärungen, die über das Schuldotaions- und Pensionsgesetz vom Regierungstage aus gegeben worden sind, können mich nicht völlig beruhigen. Von dem Kultusminister freilich wird sicherlich Alles geschehen, was in seinen Kräften steht — es fragt sich nur, ob sein guter Wille auch an anderen Stellen durchdringen wird. Schon seit 80 Jahren spricht man beständig von Schulgesetz, Dotations- und Pensionsgesetz, ohne daß bisher damit Ernst gemacht worden wäre. Jetzt ist nun auf's Neue ein Dotationsgesetz ausgearbeitet worden; ich halte mich aber, wenn der Kultusminister nicht ganz bestimmte Erklärungen abgibt, für verpflichtet, bei nächster Gelegenheit unsererseits Forderungen auf Gehaltszulagen und Pensionen zu stellen. Ich richte also an den Herrn Minister die Bitte, diesem Hause nun eine Erklärung über das in Aussicht gestellte Dotationsgesetz zu geben.

Abg. Freih. v. Zedlitz (Mühlhausen): Meine Fraktionsgenossen sind darin einig, daß an dem Schulwange, an der Schulbauer etc. nicht gerüttelt werden darf. Bedauerlich erheint es mir, daß die im Dezbr. v. J. in Aussicht gestellte Schulversäumniskoarage noch nicht eingereicht werden kann. Der Grund liegt darin, daß man erst das Schuldotaionsgesetz geben will, denn zwei solche große Vorlagen sind für eine Session zu viel. Prinzipiell und materiell ist ja doch aber das Schuldotaionsgesetz wichtiger. Wir müssen endlich dahin kommen, daß auch auf dem Lande leistungsfähige Faktoren gefunden werden, welche lebensfähige Schulorganisationen ermöglichen. Die Schullasten sind auf dem flachen Lande außerordentlich hoch, verhältnismäßig viel höher als in Berlin, dessen Schulwesen mit Recht als mustergültig bezeichnet wird. Eine bessere Vertheilung der Schullasten zwischen Staat und Kommune erscheint also durchaus nothwendig. Das Entreten des Abg. Knörke für das Dotationsgesetz begrüße ich freudig — er wird dann wohl aber auch die Mittel dazu bereitstellen müssen. Es nahm sich ganz sonderbar aus, als früher ein Dotationsgesetz vom Fortschritt verlangt wurde und es dann hieß: „Diesem Ministerium keinen Groschen.“ Die Beteiligung des Staates muß durchaus eine größere werden, damit sowohl die Zahl der Schulen noch zunimmt, als auch den Emeritirten endlich die erforderlichen Unterstützungen zu Theil werden können. Freilich müßten dazu auf dem Wege der Besteuerung die Mittel geschaffen werden; ich hoffe, daß auch der Finanzminister bei dem Schuldotaionsgesetz Veranlassung nehmen wird, mehr Mittel dadurch zu gewinnen, daß er eine höhere Besteuerung des Brantweins eintreten läßt.

Minister v. Gösler: Das Gesetz über den Schulzwang und die Schulversäumnisse ist in der That wegen des Dotationsgesetzes zurückgelegt worden. Ich nehme dem Abgeordneten Knörke seine rezipiente Sprache gegenüber diesem Gesetze nicht übel, aber etwas beruhigen kann ich ihn doch darüber, ob das Gesetz vorgelegt werden wird oder nicht. Denn hier ist das Material dazu. (Der Minister zeigt eine Druckschrift. Heiterkeit.) Gegenüber den Ausführungen des Abg. Mooren wiederhole ich, daß meine Ansicht über die Volksschule dieselbe ist, wie im vorigen Jahre. Die größte Aufgabe eines preußischen Kultusministers ist die Weiterführung der Volksschule — mit der Größe und Einstigkeit der Angriffe ist meine Überzeugung von der Tüchtigkeit der Volksschule gewachsen. (Beifall links.) Abg. Mooren hat davon gesprochen, daß die Volksschule ohne christliche Anschauung vegetiere. Ich habe bei meinen vielfachen Revisionen der Volksschulen stets eine durchaus christliche Anschauung vorgefundene. Es wird immer so gehabt, als ob ein früherer Minister der Religion feindlich gewesen wäre. Ein nicht evangelischer Autor, der Erläuterungen zur preußischen Volksschulgesetzgebung geschrieben hat, konstatiert aber ausdrücklich: der Religionsunterricht ist in der Volksschule nicht ein Gegenstand neben anderen, sondern steht allen übrigen Disziplinen voran. — Wir sind der Meinung, daß ein rechter Volksschullehrer alle Unterrichtsgegenstände mit seiner religiösen Grundanschauung durchdringen muß, ohne deshalb stets mit Bibelsprüchen und Gesangsbüchern zu operieren. Im Gegensatz zu dem Abg. Seyffarth möchte ich behaupten, daß der Schule auch denjenigen Schülern Sittlichkeit anerziehen muß und kann, deren Familie ihnen keinen sittlichen Gehalt gewähren kann. Unsere Volksschule muß ja mit allen möglichen Verhältnissen rechnen; sie erhält taufende von Kindern, deren Sittlichkeit die Eltern geradezu vernichten. Wir wollen umgekehrt doch hoffen, daß durch unsere Volksschule die Kinder in sittlicher Beziehung die Eltern zu fördern befähigt werden. Jeder Lehrer muß sich erziehen zum Vorbild des Kindes. Gerade für das pädagogische Gebiet wiederhole ich das Wort, das ich schon einmal gesprochen: Wir müssen uns so anstrengen, daß wir selbst den unglaublichesten Aufgaben gewachsen zu sein uns bemühen. — Eine Uniformität streben wir in unserer Volksschule keineswegs an, Bauer und Bürger werden nicht, wie Abg. Mooren meint, vollkommen gleichmäßig unterrichtet, das ginge ja auch pädagogisch gar nicht an. Die Regulative von 1872, gegen die so vielfach hier aufgetreten wird, sind doch nur die Quintessenz vieler einzelner, vorher gültiger Bestimmungen; sie widersprechen den Regelungen von 1854 keineswegs so völlig, wie oft geglaubt wird.

— Wir werden daran festhalten, daß das 14. Lebensjahr den Abschluß des Schulunterrichts bilden soll. Wir glauben, daß, wennemand die Schule früher verläßt, er weder körperlich noch geistig dem Kampfe des Lebens gewachsen ist. (Sehr richtig! links!) Es darf sich nicht um ein falsch verstandenes Interesse der Eltern und vielleicht der Fabrikanten handeln, sondern um das Interesse der Kinder. Daran müssen wir prinzipiell festhalten; daß in Ausnahmefällen Dispensationen zulässig sind, ist ja bekannt. Abg. Mooren hat die Kabinetsordre des Jahres 1825 mißverstanden; die Tendenz dieser Orde wendet sich gegen das frühzeitige Verlassen der Schule und verlangt, daß der Seelsorger ein zu frühes Aufgeben des Schulunterrichtes nicht zugeben solle. — Einige kurze Bemerkungen will ich noch zu der gestrigen Rede

des Abg. Zaruba machen. Sympathisch war mir die Auseinandersetzung, daß die Oberlehrer keine Neigung zum Großpolenthum haben und sich freuen, Preußen zu sein. Das oberschlesische Idiom hat trotz Allem, was Abg. Zaruba gesagt, nur eine qualitativ beschränkte Ausdehnung, es ist nur für den kleinen Mann ausreichend. Alle neuen Begriffe müssen durch deutsche Worte mit polnischen Endungen bedekt werden. Gegenwärtig bestehen allerdings Zustände, die die Folge einer veränderten Praxis sind. Bis zum Jahre 1848 bestand nur ein katholisches Seminar, in Oberschlesien, in welchem kein Wort polnisch geworben wurde. (Hört, hört!) Die Oberlehrer erklären damals, sich sehr wohl zu befinden. Seitdem, seit 1848 ist das geändert worden, es sind polnische Kurse eingerichtet, theils polnische Lehrer angestellt worden. Allmählig hat man dort den Anschluß an Großpolen gesucht, die Polonisierung ging bald soweit, daß deutsche Großeltern polnische Enkel hatten. Als Anfang des siebziger Jahre Erhebungen angestellt wurden, ergab sich, daß in Gegend, die früher von deutschen Katholiken gesteuert hatten, kein deutsches Wort mehr gesprochen wurde. (Hört, hört!) So ist denn also mit vollem Recht die Gesetzgebung endlich dagegen aufgetreten. In einer Gemeinde, die nur 5 Prozent polnische Katholiken enthält, wurde immer an drei Sonntagen polnisch, an dem vierten erst deutsch gepredigt. So zeigt sich also, daß ein großer Theil der Ausführungen des Abg. Zaruba durch die tatsächlichen Verhältnisse nicht unterstellt wird. Der Religionsunterricht ist in Oberschlesien jetzt derart eingerichtet, daß in normalen Verhältnissen jedes Kind in deutscher und in polnischer Sprache Religionsunterricht erhalten kann. Normale Verhältnisse herrschen freilich in Oberschlesien auf dem Schulgebiete nicht überall. Die normalen Zustände herbeizuführen, soll das Schuldotaionsgesetz mithelfen. Zeigen Sie also dem Schuldotaionsgesetz ein reiches Herz und eine offene Hand. (Beifall rechts.)

Abg. v. Stahewski behauptet, das Bestreben der Regierung gebe dahin, daß die Polen ihre Muttersprache verlernen. Die Mitteilung des Ministers, daß bei 95 Prozent deutscher Katholiken und 5 Prozent polnischer 3 Mal polnisch und 1 Mal deutsch in der Woche gepredigt werden sei, könne er nicht für richtig annehmen, da sich eine solche Übersetzung Deutscher ähnliches nicht gefallen lassen würde. Bei der Kindererziehung die Muttersprache abzuschaffen sei widerständig. Die Oberlehrer verlangen vor allem Ertheilung des Religionsunterrichts in polnischer Sprache und Unterricht mindestens im polnischen Lesen und Schreiben. Eine weitere Agitation läge durchaus nicht vor. Es sei aber ein zu großes pädagogisches Kunststück ein 6-jähriges polnisches Kind in einer ihm fremden Sprache zu unterrichten. Die Erfolge dieser Schulbildung hätten die Regierung doch ein wenig stützen können. Selbst die deutsche Bevölkerung sei daran irre geworden und sogar die „Pax“, früher eifrig Vertreterin des Hallischen Systems spricht jetzt mannigfache Bedenken aus. — Dieser Unterschied der Nationalitäten im preußischen Staate habe demselben noch nie geschadet; im Napoleonischen Kriege hätte Preußen gerade in Oberschlesien seine meiste Widerstandskraft gefunden. Daher müßte auch den Polen das gleiche Recht gegeben werden, anstatt dessen schlägt man immer polnische Agitation vor. Die polnische Bevölkerung denkt aber an keine Konspiration (Oboz rechts), wenn doch natürlich die Maßregeln der preußischen Regierung tiefe Missstimmung hervorgerufen hätten. Das bezeugten die zahlreichen Petitionen um Einführung des Polnischen als Unterrichtssprache. Es wäre daher wohl angezeigt, durch eine Enquête die Erfolge dieses Systems namentlich auch im Deutschen festzustellen; aber man wolle es vielleicht nicht. Wenn die Masuren und Litthauer Eileiterungen im Unterricht erhielten, so sei das der Polen ebenfalls billig; sie würden jedoch stets unterdrückt. Redner richtet die Anfrage an die Regierung, aus welchen Gründen denn in Westpreußen der Religionsunterricht im Polnischen auch in den untersten Schulen abgeschafft sei. Mit solchen Maßregeln verwechselte die Regierung die Aufgabe der religiösen sittlichen Erziehung mit der Rolle von Überlinn und Anstreichen. (Beifall bei den Polen.)

Abg. v. Tielemann-Bomst beleuchtet die Missstände im Schulwesen in der Provinz Posen. Es seien wegen Übersättigung der Schulen 5400 Kinder ohne Unterricht und da hauptsächlich konfessionelle Schulen vorhanden seien, so wäre eine nicht unbedeutende Minorität der Kinder ohne Religionsunterricht. Daher bitte er für diese Minorität wenigstens besondere Lehrer anzustellen. — So lange der Staat als deutscher bestehe, müsse auch seine Sprache allen seinen Bürgern bekannt sein, das erfordere schon die allgemeine Wehrpflicht. Bei Einführung der polnischen Sprache würden auch die deutschen Katholiken bei dem Einfluß der Geistlichkeit in die polnischen Schulen nicht ein Gegenstand neben anderen, sondern steht allen übrigen Disziplinen voran. — Wir sind der Meinung, daß ein rechter Volksschullehrer alle Unterrichtsgegenstände mit seiner religiösen Grundanschauung durchdringen muß, ohne deshalb stets mit Bibelsprüchen und Gesangsbüchern zu operieren. Im Gegensatz zu dem Abg. Seyffarth möchte ich behaupten, daß der Schule auch denjenigen Schülern Sittlichkeit anerziehen muß und kann, deren Familie ihnen keinen sittlichen Gehalt gewähren kann. Unsere Volksschule muß ja mit allen möglichen Verhältnissen rechnen; sie erhält taufende von Kindern, deren Sittlichkeit die Eltern geradezu vernichten. Wir wollen umgekehrt doch hoffen, daß durch unsere Volksschule die Kinder in sittlicher Beziehung die Eltern zu fördern befähigt werden. Jeder Lehrer muß sich erziehen zum Vorbild des Kindes. Gerade für das pädagogische Gebiet wiederhole ich das Wort, das ich schon einmal gesprochen: Wir müssen uns so anstrengen, daß wir selbst den unglaublichesten Aufgaben gewachsen zu sein uns bemühen. — Eine Uniformität streben wir in unserer Volksschule keineswegs an, Bauer und Bürger werden nicht, wie Abg. Mooren meint, vollkommen gleichmäßig unterrichtet, das ginge ja auch pädagogisch gar nicht an. Die Regulative von 1872, gegen die so vielfach hier aufgetreten wird, sind doch nur die Quintessenz vieler einzelner, vorher gültiger Bestimmungen; sie widersprechen den Regelungen von 1854 keineswegs so völlig, wie oft geglaubt wird.

— Wir werden daran festhalten, daß das 14. Lebensjahr den Abschluß des Schulunterrichts bilden soll. Wir glauben, daß, wennemand die Schule früher verläßt, er weder körperlich noch geistig dem Kampfe des Lebens gewachsen ist. (Sehr richtig! links!) Es darf sich nicht um ein falsch verstandenes Interesse der Eltern und vielleicht der Fabrikanten handeln, sondern um das Interesse der Kinder. Daran müssen wir prinzipiell festhalten; daß in Ausnahmefällen Dispensationen zulässig sind, ist ja bekannt. Abg. Mooren hat die Kabinetsordre des Jahres 1825 mißverstanden; die Tendenz dieser Orde wendet sich gegen das frühzeitige Verlassen der Schule und verlangt, daß der Seelsorger ein zu frühes Aufgeben des Schulunterrichtes nicht zugeben solle. — Einige kurze Bemerkungen will ich noch zu der gestrigen Rede

Geh. Rath Kügler erklärt ebenfalls, die Absicht der Regierung sei durchaus nicht, daß die Kinder die polnische Muttersprache verlernen. Die deutschen Katholiken in den polnischen Gegend seien aber viel zahlreicher als von den Polen gesagt würde. Es seien auch Erhebungen darüber ange stellt worden, wieviel Familien sich des Deutschen bedienten; danach allein könne eine Entscheidung betreffs der Nationalität getroffen werden. Der Wille der Eltern dürfe dabei nicht in jedem Falle berücksichtigt werden, wenn es vorläme, daß ein Bauer Durek selbst erklärt, er könne im Polnischen sich weder mündlich noch schriftlich ausdrücken, wolle aber seine Kinder polnisch erziehen lassen. Dagegen würden den deutschen Katholiken mannigfache Schwierigkeiten bereiten und es habe erst einer mehrmaligen Mahnung des Erzbischofs bedurft, um ihnen die Wehrte in deutscher Sprache zu gestatten. Ebenso werde die Abhaltung deutscher Predigten vielfach von einer staatlichen Bezahlung abhängig gemacht. Nicht richtig sei es, daß beim Religionsunterricht die Kinder nach den deutschen oder polnischen Namen sortiert würden und danach den Unterricht in der entsprechenden Sprache erhielten. Es werde vielmehr stets nach der Nationalität geschieden, so daß eine große Menge Kinder mit deutschen Namen überhaupt keinen Anhalt geben, da das Streben der Geistlichkeit dabingehe, alle deutschen Namen zu polnisieren, also gerade das Gegenteil früherer Vorwürfe! Dieselben würden entweder in der Orthographie verändert oder gar in das Polnische überetzt.

So hätte man aus Dach — Dachsklevis gemacht, aus Perschle, einem Provinzialismus für Warsch, sei polnisch Kochuniewsky geworden. Es ließen sich aus diesem Grunde auch durchaus keine Schlüsse ziehen auf die vorhandene Anzahl deutscher Katholiken. — Die Vorwürfe gegen die Fortbildung in Polen seien unbegründet. 1871 kurz vor Einführung der neuen Unterrichtsordnung seien unter 10 000 Recruten 440 Analphabeten, in Nowowazlaw 1870 von den Ortsvorstehern 26 Proz. nicht genügend mit Lesen und Schreiben vertraut gewesen, um allein ihr Amt zu versehen. Das habe sich jetzt bedeutend verbessert und seien diese Zahlen bis auf ca. 12 Prozent heruntergegangen. Der Grund für diese Missstände liege vor Allem auch in der Überfüllung und dem Mangel an Schulen, dem abzuhelfen, die Unterrichtsverwaltung fortgesetzt bemüht sei. Doch erfahre sie dabei von der polnischen Presse die schärfsten Angriffe und die größten Verdächtigungen. Ja, es wurde gelagt, besser gar kein Unterricht als ein solcher! Hätte man unsere deutsche Volksschule auf gleiche Weise behandelt, so würden wir nicht mit unserem jetzigen Stolze darauf blicken können. (Bravo! rechts.)

Abg. Richter: Ich freue mich, daß der Abg. Freiherr v. Beditz die Mittel für das Schuldotationsgesetz aus der Brannweinsteuer zu gewinnen denkt. Eigentlich aber hat es mich berührt, wenn er sagt, daß von der linken Seite ein solches Gesetz verlangt, aber zugleich gesagt werde: dieser Regierung keinen Groschen! Ich bitte ihn jedenfalls, den Namen des Redners von dieser Seite zu nennen und auch die Zeit näher zu bezeichnen, wann dieses Wort gefallen sein soll. — Der Herr Minister — den ich leider wieder abwesend sehe (Heiterkeit), sagte auf eine Anfrage wegen des Gesetzes, indem er ein Blatt Papier vom Tische nahm, um seine Unruhe zu verbergen, hier ist das Gesetz. Ich will über diese Form der Antwort nicht reden (oh! rechts). Ich glaube, daß es zweckmäßiger gewesen wäre, lieber gar keine Antwort zu geben als diese (oh! rechts). Die Steuervorlage des Herrn Minister v. Bitter wurde uns damals auch gezeigt und trocken hat dies Gesetz niemals das Licht der Welt erlebt. Daher kann ich nur bitten, daß uns das Gesetz bald vorgelegt werde. Seit 4 oder 5 Jahren wird uns erklärt, daß die Frage einer Lösung bedürfe, in zwei Thronreden ist sie uns angekündigt, jetzt wird es uns nur von Weitem gezeigt. Ist Herr v. Beditz unter diesen Umständen der Meinung, daß wir dies schwierige Material noch in dieser Session erledigen können? Denn schwierig muß es doch sein, wenn man im Ministerium so lange zur Fertigstellung gebracht hat! Was hilft es uns denn, den Etat zu berechnen, wenn uns das Gesetz für diese Session veriprochen wird, über seinen Inhalt jedoch nichts verlautet? Wir wünschen, daß wenigstens der eine Punkt Erledigung finde, der für alle gleich einlich ist, die Frage der Pensionierung. Ich hatte die Erhöhung der Etatsposition um 100 000 M. gehofft, damit die Minimalpension auf 600 M. festgelegt werden könne. Die Antwort des Herrn Ministers läßt mich aber annehmen, daß in diesem Punkte Vorpann für die Reichssteuerreform geleistet werden solle. — Die Regierung behauptet weiter, die Fonds reichen dazu nicht aus, andererseits aber werden uns hier Erwahrungen vorgerechnet. So ungern ich dergleichen thue, so erkläre ich doch, daß wir bei Tit. 29 einen Antrag einbringen werden, die Summe von 700 000 M. um 100 000 M. zu erhöhen. Ebenso behalte ich mir weitere Anträge in Betracht der Alterszulage vor.

Die Debatte wird geschlossen.

In persönlicher Bemerkung erklärt Abg. Freiherr v. Beditz, er hätte bei der Ausführung: „diesem Ministerium keinen Groschen“, nicht an den Abg. Richter, sondern an den Abg. Richter gedacht.

Abg. Richter: Eine Neuhebung: „diesem Ministerium keinen Groschen“, habe ich nie gehört, ich habe immer für den Etat gestimmt. Als 1879 für die neuen Steuuprojekte auf die Bedürfnisse der Lehrer und Schulen hingewiesen wurde, sagt ich, wenn die Steuern auch bewilligt würden, würden die Lehrer und Schulen doch nichts bekommen. Die Steuern sind bewilligt, die Lehrer haben nichts bekommen, also ist es genau so eingetroffen, wie ich es gesagt habe. (Heiterkeit.)

Abg. Kantak protestiert gegen die Behauptung des Abg. v. Diedemann, daß die Polen einen Kampf zwischen Rußland, Österreich und Deutschland herbeiführen wollen.

Der Titel wird hierauf bewilligt, ebenso die Titel 1—22, mit Ausnahme einiger kleiner Positionen in den einzelnen Titeln, welche auf Antrag des Abg. Francke nochmals der Budgetkommission zur Beratung und event. Erhöhung übergeben werden.

Bei Kap. 121 (Elementarschulen) beantragen

Abg. Drawe und Genossen, die Staatsregierung zu ersuchen, in den Elementarschulen, welche nicht Halbtagschulen sind, soweit es die örtlichen Verhältnisse erfordern, den Unterricht an den Nachmittagen fortfallen zu lassen und ausschließlich in die Vormittagsstunden zu verlegen.

Abg. v. Wedell-Piesdorf erkennt an, daß die landwirtschaftlichen Verhältnisse oft eine Beschränkung des Unterrichts auf den Vormittag, wie der Antrag Drawe es will, räthlich erscheinen lassen. Aber welches sind die „örtlichen Verhältnisse“, von denen der Antrag spricht. Das wird hier im Hause schwer festgestellt werden können und deshalb beantrage ich, den Antrag Drawe an die Unterrichtskommission zu verweisen.

Abg. Drawe: Die kurze Zwischenzeit zwischen Vor- und Nachmittag ist für die großen Entfernungen auf dem Lande so gering, daß die Kinder entweder über Mittag in der Schule bleiben müssen oder zu Hause nur schnell ein Stück Brot und kalte Kartoffeln essen können. Diesem besonders in Westpreußen sehr fühlbaren Uebelstande könnte durch den Fortfall des Nachmittagsunterrichts leicht abgeholfen werden, ein fünfstündiger Vormittagsunterricht, wie er an höheren Lehranstalten üblich, würde diesen Ausfall völlig deden. Kinder und Eltern hätten große Vortheile in jeder Beziehung von einer solchen Änderung, auch die Schulversäumnisse würden seltener werden, während der Nachmittagsunterricht mit vielen Nachtheilen verbunden ist. Ich bitte Sie um Annahme des Antrages. (Beifall links.)

Abg. Lohren: Ich kann mich nur schweren Herzens entschließen, der im Etat verlangten Gründung von 19 neuen Kreis-Schulinspektoren zuzustimmen. Die Lasten, welche die ländlichen Gemeinden für die Schulen zu tragen haben, sind schon jetzt sehr bedeutende. Die ländlichen Gemeinden in Preußen haben jetzt schon 57 Millionen M. für Schullasten aufzubringen und nun sollen durch Begründung dieser 19 Stellen diese Lasten noch um 71,250 M. vermehrt werden. — Wenn wir trotzdem für diesen Mehrbetrag stimmen, so geschieht es aus ethischen und patriotischen Rücksichten, aus Liebe zum Volke, daß wir unterrichtet und mit Patriotismus erfüllt zu sehen wünschen.

Abg. Dr. Windthorst: Ich stimme darin mit den Vorrechnen überein, daß ich den Antrag des Abg. Drawe an die Unterrichtskommission zu überweisen bitte. — Den Ausführungen des Abgeordneten Seyfarth will ich heute nicht entgegen treten — wenn nicht — hier, aber vielleicht in Krefeld (Heiterkeit). Die Ausführungen des Abg. Lohren waren mir im Anfang sympathisch, aber — deshalb in piscum deformata (Heiterkeit). Wir müssen sparen lernen. Ich will auch, daß die Jugend gut erzogen wird, aber das geht auch ohne neue Kreis-Schulinspektoren. Was würden unsere Väter sagen, wenn sie hören würden, daß der Patriotismus erst durch die Schulinspektoren anerkannt werden kann. (Sehr richtig! im Zentrum.) Früher brauchte man all diese Inspektoren nicht, da genügten die Geistlichen, die evangelischen und die katholischen. Die hat man freilich jetzt ausgeschlossen und braucht man beständig Geld. — Die Schulinspektion gehört zu den angeborenen Pflichten des geistlichen Amtes. (Gelächter links, Beifall im Zentrum.) Das Landrecht hatte den Einfluß der Kirche auf die Schule wohl geordnet, Stahl hatte diesen Einfluß gerühmt, und ich sage, wenn der Einfluß genommen wird, so herrscht Tyrannie. Ich bin gegen das Institut der Schulinspektoren, weil ihre Einführung den Beginn des Kulturmampfes bezeichnet. Dieses Institut muß wieder fallen. Ich bitte um Ablehnung der Position und begreife nicht, weshalb die Logik den Abg. Lohren nicht gleichfalls zur Ablehnung veran-

laßt hat. — Ich bitte den Minister, bei dieser Gelegenheit um ein Verzeichnis über die Konfession und den Berufstand der Schulinspektoren; wir wollen wissen, wieviel evangelische Schulinspektoren katholische Schulen beaufsichtigen. (Beifall im Zentrum.)

Minister v. Gökler: Abg. Lohren hat eine Reihe in sich so wenig kongruenter Behauptungen ausgesprochen, daß ich ihm gern entgegne würde, wenn die Zeit nicht so vorgerückt wäre. Abg. Windthorst hätte im Januarhafte der Unterrichtsverwaltung den von ihm gewünschten Nachweis finden können. Die Zahl der Kreisschulinspektoren beträgt gegenwärtig 932, darunter 720 Geistliche. Die Frage nach Vermehrung der Schulinspektoren ist eine rein praktische. Den größeren Ansprüchen an die Schule muß auch eine größere Aufsicht entsprechen. Daß die Lasten oft schwer empfunden werden, ist richtig, das gilt von allen Fragen, in denen es sich um ein höheres Ziel handelt. Aus rein technischen Gründen sind die Schulinspektoren notwendig, das haben ganz streng konservative Herren, die mit ganz anderen Ansichten in ihr Amt eingetreten, bald eingesehen. Besonders in Ostpreußen, für welches 18 von den 19 in Aussicht genommenen Stellen bestimmt sind, sind die Latalgemeinden so groß, daß es sehr schwer ist, Geistliche für die Schulinspektion zu finden. Die Verpflichtung eines solchen Amtes ist doch eine sehr ernste und deshalb haben wir ungeachtet der Einwirkung der Konsistorien nur wenig Geistliche für dieses Amt finden können. Ich bitte Sie um Bewilligung der Mehrförderung.

Titel 1 (Schulinspektoren 750,000 M.) wird hierauf bewilligt.

Das Haus vertagt sich.
Nächste Sitzung: Heute Abend 8 Uhr. Tagesordnung: Kultusetat. Schluß 4 Uhr.

r. Stadtverordneten-Sitzung

am 6. Februar.

Anwesend sind 25 Stadtverordnete, und zwar die Herren Brodnits, Dr. Buski, Czapski, Fontane, Fädel, B. Jasse, v. Jaszewski, Kantorowicz, Kirsten, Klemme, König, Kronthal, Dr. Landsberger, Dr. Lebinski, Lützner, Manheimer, Milch, Müller, Orgler, Dr. Rebsfeld, Rosenthal, Schweiger, Victor, Ziegler; von Magistratsmitgliedern sind zugegen: Bürgermeister Herse, Stadträthe Andersch, v. Czlebowksi, Stadtbaudrat Grüder, Jasse, Dr. Loppe, Schmidt. — Bevor in die Tagesordnung eingetreten wird, macht der Vorsitzende, Stadtv. B. Jasse, einige geschäftliche Mitteilungen. Danach ist in der gemeinsamen Kommission von Magistratsmitgliedern und Stadtverordneten, welche behufs Herbeiführung einer Verständigung in betr. des beabsichtigten Umtausches zwischen einer der Stadt gehörigen Parzelle und Parzellen jüdischer Grundstücke eingegangen, ein Lehrer, welcher bisher in Leobelschütz angestellt war, 35 Jahre alt ist, und bereits 15 Dienstjahre hinter sich hat, unter Anrechnung von 5 Jahren Dienstzeit hier angestellt werde mit 1200 M. Gehalt und 300 M. Wohnungsgeldzuschuß, und unter dieser Bedingung in die Gehaltskala einrücken. Dieser Antrag wird von der Versammlung, vorbehaltlich der Genehmigung in der nächsten Sitzung, angenommen.

Über die Krankenhaus-Rechnung pro 1881/82 berichtet Stadtv. Manheimer im Namen der Finanzkommission, und beantragt Ertheilung der Decharge, die auch gewährt wird.

Über die Servis-Rechnung pro 1881/82 berichtet im Namen der Finanzkommission Stadtv. Rosenfeld und beantragt Ertheilung der Decharge. Hierbei empfiehlt er, davon abzusehen, daß gemäß § 5 des Ortsstatuts vom 9. August 1882, betr. die Vertheilung der Quartierleistung für die bewaffnete Wacht während des Friedenszustandes, der alljährliche Nachweis der heiz- und bewohnbaren Quartiere geführt werde, da einerseits dieser Nachweis erhebliche Kosten verursache, andererseits aber auch die Einquartierung in bürgerlichen Quartieren allmählig ganz ausbören solle. — Stadtv. Kirsten beantragt dagegen, daß dem § 5 des Ortsstatuts Genüge geleistet werde, zieht jedoch, nachdem auch Stadtv. Kronthal sich im Sinne des Stadtv. Rosenfeld ausgesprochen, seinen Antrag zurück. Die Decharge wird hierauf ertheilt.

Es wird ferner im Namen der Finanzkommission berichtet über die Rechnung in Betreff der offenen Armenpflege und des Armen-Depotitalfonds pro 1881/82 (Referent Stadtv. Brodnits), über die Rechnung, betr. die Waisenpflege pro 1881/82 (Referent Stadtv. Fädel), über die Rechnung in betr. des Reservefonds der Wasserwerke pro 1882/83 (Referent Stadtv. Brodnits), über die Rechnung in Betrif der Marzall-Beratung pro 1882/83 (Referent Stadtv. Fädel), über die Rechnung in Betrif der Mittelschule pro 1882/83 (Referent Stadtv. Fädel), über die Rechnung in Betrif der Steuerfeste pro 1882/83 (Referent Stadtv. Dr. Lebinski), über die Rechnung in Betrif der Feuerlöschwesens pro 1881/82 (Referent Stadtv. Lützner), über die Kämmerer-Depotital-Rechnung pro 1881/82 (Referent Stadtv. Ad. Kantorowicz). — Stadtv. Rosenfeld berichtet alsbald im Namen der Finanzkommission über die Rechnung der V. Stadtschule pro 1882/83, und beantragt Ertheilung der Decharge, die auch gewährt wird. Bei dieser Gelegenheit weist Stadtv. Müsel darauf hin, daß, da die bisherigen Räume für die Stadtschule unzulänglich seien, man daran denken müsse, sich definitiv für einen Bauplatz zu entscheiden, um den Bau eines neuen Schulgebäudes in Angriff nehmen zu können; bis jetzt sei ein Einschulungsplan, wie ihn der Magistrat in Aussicht gestellt hatte, noch nicht eingegangen. Bürgermeister Herse erklärt dies damit, daß ein solcher Plan mehr Arbeit mache, als ursprünglich vorausgesetzt wurde; derselbe sei aber in Arbeit und werde, sobald er fertig sei, der Versammlung vorgelegt werden. — Weiter berichtet über die Rechnung in Betrif der Luisenstiftung pro 1882/83, sowie über die Hundesteuer-Rechnung pro 1882/83 im Namen der Kommission Stadtv. Kirsten und beantragt Ertheilung der Decharge, welche gleichfalls gewährt wird.

Bewußt Feststellung der Listen der Geschworenen und Schöffen wurden bisher drei Vertrauensmänner und Stellvertreter gewählt; das königl. Landgericht hat jedoch den Wunsch ausgesprochen, daß vier Vertrauensmänner gewählt werden. Als solche werden vom Magistrat in Vorschlag gebracht: Kaufmann Bol. Leitgeber, Gerichtssekretär a. D. König, Kaufmann Kuczynski, Kaufmann Goldenring sen., und als Stellvertreter: Kaufmann Jerzykiewicz, Oberlehrer Schmidt, Kaufmann B. Venke, Kaufmann Mor. Victor. Nachdem Stadtverordneter Fädel hierüber berichtet hat, werden die Genannten gewählt.

Über die Niederschlagung des Schulgeldrestes für einen ehemaligen Schüler des städtischen Realgymnasiums berichtet Stadtverordneter Müsel. Danach hat der betreffende Schüler nicht das nach dem neuen Regulativ erforderliche Zeugnis erhalten, so daß ihm die bisherige Freiheit entzogen ist und er bereits am 23. Novbr. v. J. das Realgymnasium verlassen hat. Es handelt sich nun um die von ihm beantragte Niederschlagung des Schulgeldes für das letzte Quartal 1883, die von der Versammlung auch bewilligt wird.

Zum Vorsteher für den 15. Armenbezirk wird, nachdem Stadtverordneter König im Namen der Wahlkommission berichtet hat, Kaufmann Breiter, zum Armen-Deputirten Dr. Osowicki gewählt.

In betr. der Bewilligung einer Subvention für die Vorsteherin der Gewerbeschule „Frauenhaus“ ist vom Magistrat an die Versammlung eine Vorlage gerichtet worden, welcher Folgendes zu entnehmen ist: Die Förderung der Erwerbsfähigkeit des weiblichen Geschlechts ist eine derjenigen sozialen Aufgaben, denen sich die Gegenwart nicht mehr entziehen kann. Die hie-

sigen städtischen Kollegien haben opferwillig ihre Teilnahme dadurch bewiesen, daß sie aus Anlaß der goldenen Hochzeit unseres Kaiserpaars eine Stiftung mit 6000 M. begründet haben, deren Zinsen im Interesse der Erwerbsfähigkeit der Frauen jährlich Verwendung finden. Den Mittelpunkt der darin zielernden Bestrebungen bildet der Verein in Berlin, aus dessen Veranlassung der hiesige „Frauenhaus“ errichtet worden ist. Magistrat möchte nun dieses Institut, welches auf solider Basis ruht und Tüchtiges leistet, zu einer Fortbildungsschule für diejenigen Mädchen erweitert sehen, deren Ausbildung in weiblichen Handarbeiten, an unseren städtischen Schulen eifrig gepflegt, doch nicht ganz abgeschlossen und so gefördert werden kann, daß die in der Schule erworbene Fertigkeit sie in den Stand setzen könnte, die Mutter in Haushalte durch Übernahme der häuslichen Arbeiten zu entlasten, oder gar durch sie für ihren eigenen Unterhalt mit erwerben zu können. Eine Schule, wie der „Frauenhaus“, welche die systematische Ausbildung der Mädchen zum Zwecke hat, und welche Handarbeitslehrerinnen auszubilden im Stande ist, ein Institut, woran es bisher in unserer Stadt und auch wohl Provinz fehlte, ist der ganz besonderen Beachtung der städtischen Behörden würdig, da es an geprüften Handarbeitslehrerinnen bei uns bisher ganz fehlte und demnach auch keine sichere Gewähr dafür vorhanden war, daß der Handarbeitsunterricht auch immer methodisch ertheilt werde. Der Magistrat richtet demnach an die Versammlung den Antrag, dieselbe möge sich mit nachfolgenden Einrichtungen einverstanden erklären: 1) der Vorsteherin des „Frauenhauses“ wird eine Subvention von jährlich 750 M. vom 1. April 1884 ab zunächst auf drei Jahre gewährt, und postnumerando vierteljährlich gezahlt; 2) die Vorsteherin übernimmt die Verpflichtung, gegen Zahlung dieser Summe 30 Mädchen, die ihr von der städtischen Verwaltung überwiesen werden, gegen ein von den Mädchen noch extra zu zahlenden Schulgeld von monatlich 1.50 M. und 20 Pf. Kohlengeld während eines Jahres in den weiblichen Handarbeiten zu unterrichten und auszubilden; 3) die Überweisung der 30 Mädchen erfolgt auf Vorschlag der Rektoren aus der Zahl derjenigen Mädchen, welche die hiesigen städtischen Schulen besucht haben, in der I. Klasse mindestens ein Jahr verblieben sind, und einer besonderen Vergünstigung ebenso würdig, wie bedürftig erscheinen; 4) zur Auswahl der Mädchen zur Überweisung des Unterrichts, zur Kontrolle darüber, ob der „Frauenhaus“ seiner übernommenen Verpflichtung genügt, wird eine Kommission eingesetzt, welche aus einem Magistratsmitgliede und zwei Stadtverordneten besteht. — Stadtv. B. v. B. e. r. spricht darüber, welcher über diese Angelegenheit berichtet, empfiehlt den Magistratsantrag warm, und erklärt, daß „Institut Frauenhaus“, sowie die persönliche Fähigkeit der Vorsteherin kennen gelernt zu haben. Es würde viel soziales Glück vermieden werden, wenn die Fähigkeiten und Kenntnisse der Mädchen in Handarbeiten erweitert würden. Es handele sich hier auch um keine eigentliche Subvention, sondern um Leistung und Gegenleistung. Die Rektoren der hiesigen Volksschulen hätten sich gleichfalls günstig für das Institut ausgesprochen, insbesondere auch infolge, als durch dasselbe ein Stamm von Handarbeitslehrerinnen gewonnen werden würde; in Berlin existieren bereits viele solcher Bezirks-Fortbildungsschulen für Mädchen. Referent erklärt, nur infolge mit dem Magistratsantrage nicht ganz einverstanden zu sein, als er die Subvention vorläufig nur auf zwei (nicht auf drei) Jahre gewährt wissen möchte. — An dieses Referat knüpft sich eine lebhafte Diskussion. Stadtv. Czapski beantragt Überweisung des Magistratsantrages an die Schulkommission, sieht jedoch später diesen Antrag zurück. — Stadtv. Ad. Kantorowicz begrüßt die vom Magistrat beantragte Einrichtung als geeignete, die weibliche Erwerbsfähigkeit in unserer Stadt zu fördern. — Stadtv. Dr. F. i. e. l. a. n. d. e. r. spricht sich für sofortige Bewilligung der Subvention aus und empfiehlt, bei der Auswahl der in der Anstalt zu unterrichtenden Mädchen alle Konfessionen zu berücksichtigen. — Stadtv. Kirsten ist für Ablehnung des Magistratsantrages, da es eine ganze Anzahl derartiger Institute in unserer Stadt gebe, auch der „Frauenhaus“ mehr für gebildete Mädchen, nicht für Mädchen aus den Volksschulen sei, so daß letztere sich dort unbehaglich fühlen würden. Mehr würde es sich vielleicht empfehlen, wölfzig und bedürftige Mädchen zu ihrer Ausbildung in Handarbeiten eine Subvention zu gewähren. Ueberdies komme die Sache dadurch, daß 25 M. pro Mädchen und außerdem noch ein Schulgeld von 1 M. 50 Pf. monatlich zu zahlen sind, teuer zu stehen; weit billiger stellen sich die Sache derjenigen Mädchen, welche die S. B. bei hiesigen Damen-Schneiderinnen „frei lernen“. — Bürgermeister Herse ist der Ansicht, daß diejenigen Mädchen, welche bei Schneiderinnen lernen, doch nicht so ausgebildet werden, wie im „Frauenhaus“. Für die Mädchen aus der Volksschulen werde es in sozialer Beziehung nicht unvorteilhaft sein, mit gebildeten Mädchen in dem Institute in Verbindung zu kommen. Da die Kosten für die erste Einrichtung nicht unerheblich sind, so werde es sich empfehlen, die Subvention auf drei Jahre zu bewilligen. — Stadtv. Fädel spricht den Wunsch aus, daß bei der Auswahl besonders die Waisenmädchen berücksichtigt werden möchten, was Bürgermeister Herse auch zusagt. — Stadtv. Fontaine weiß auf die mit der Handarbeits-Fortbildungsschule gemachten Erfahrungen hin, für deren Besuch durch die Lehrlinge die Lehrherren resp. die Eltern der Lehrlinge jehe, auch die geringste Ausgabe scheuen, und ist auch der Ansicht, daß in gleicher Weise, wie der Herr Minister für diese Schule, nachdem die Stadtgemeine 300 Mark jährlich bewilligt, gleichfalls 300 Mark genügt hat, so auch vom Herrn Minister event. für die Mädchen-Fortbildungsschule des „Frauenhauses“ 750 Mark ausgewiesen werden würden. Er stelle demnach den Antrag, die 750 Mark dem „Frauenhaus“ zu bewilligen, jedoch unter der Bedingung, daß von der weiteren Zahlung eines Schulgeldes für die dem Institut seitens der Stadt zu überweisenden Mädchen Abstand genommen werde. — Stadtverordneter Müsel beantragt, die Angelegenheit nicht für sich einzeln, sondern bei der Staatsberatung zu behandeln und sie daher der Finanzkommission zur Beratung zu überweisen. — Stadtv. Dr. Buski empfiehlt im Anschluß an den Antrag des Stadtv. Kirsten, den einzelnen Mädchen Unterstützungen zu gewähren, und sie ihre Ausbildung in Handarbeiten suchen zu lassen, wo sie wollen. — Bürgermeister Herse wendet hiergegen ein, daß auf solche Weise eine Kontrolle über die Fortschritte der Mädchen sich zu schwer werden erzielen lasse. Ob der Herr Minister 750 M. gewähren werde, sei sehr zweifelhaft, da bisher von einer Subventionierung der Frauen-Fortbildungsschulen durch den Staat noch nicht die Rede gewesen sei; die Vorsteherin des „Frauenhauses“ werde aber die ca. 600 M. Schulgeld von den 30 Kindern nicht entbehren können. Da mit die Sache schon zum 1. April d. J. ins Leben treten könne, möge die Versammlung schon die Bewilligung der Subvention beschließen. Stadtv. Brodnits empfiehlt, die 750 M. zu gewähren, aber nicht als Subvention, da sonst mehr derartige Institute eine Subvention beanspruchen würden. Es wird hierauf der Antrag des Stadtv. Müsel, die Angelegenheit der Finanzkommission behufs Vorberatung des Staates pro 1884/85 zu überweisen, angenommen.

Die öffentliche Sitzung, an welche sich eine geheime schloß, erreicht hiermit 6½ Uhr Abends ihr Ende.

Telegraphische Nachrichten.

Darmstadt, 6. Febr. Die zweite Kammer lehnte in ihrer heutigen Sitzung den Beitritt zu dem von der ersten gefassten Beschluss, wonach die Errichtung der Fortbildungsschulen dem Willen der Gemeinden anheimgestellt werden soll, ab. Die Debatte über die Einführung des direkten Wahlmodus für die zweite Kammer wurde vertagt.

Hamburg, 6. Febr. Gegenüber den Gerüchten, wonach heute eine neue Konferenz zwischen den Delegirten der Berlin-Hamburger Eisenbahn und Kommissarien Preußens stattfinden werde, wird der „Hamburgischen Börsenhalde“ von gut unterrichteter Seite mitgetheilt, daß eine derartige Konferenz weder heute noch überhaupt in Aussicht genommen sei. Nachdem alle Präliminarien soweit erledigt seien, werde das Gebot der preußischen Regierung erfolgen, sobald die Statutenänderung legale Kraft erlangt habe.

Wien, 6. Febr. Wie die „Presse“ erfährt, sind nicht allen hiesigen politischen Vereinen Beschränkungen auferlegt worden, wovon in den gestrigen Sitzungen des Abgeordnetenhauses und Gemeinderathes die Rede gewesen ist. Dem Vorstande eines angesehenen Vereins im Innern der Stadt wurde ausdrücklich erklärt, daß das Vereinsgesetz diesem Vereine gegenüber in voller Geltung bleibe. Es bedürfe keiner gestempelten Eingabe um Bewilligung, keiner vorherigen Anzeige der Namen der Redner und keiner Ueberreichung von Skizzen der zu haltenden Reden.

Paris, 5. Februar. Der „National“ und andere Abendblätter meinen, es würde keine der Mächte einer Mobilisation des egyptischen Liquidationsgesetzes zustimmen, wenn England nicht für die egyptische Schuld ebenso die Garantie übernehme, wie Frankreich es für die tunesische Schuld gethan. — Der „Télégraphe“ meldet, dem Verwaltungsrath der Suezkanalgesellschaft sei heute ein Schreiben Lord Granville's mitgetheilt worden, in welchem dieser erklärt, durch das zwischen Lefèves und den Rhedern festgestellte Programm für die Exploitierung des Kanals seien seiner Ansicht nach alle Schwierigkeiten in befriedigender Weise beendet.

Paris, 6. Febr. Ein Telegramm des Admirals Courbet aus Hanoi vom 25. v. M. meldet: die Provinzen Sortay, Hanoi, Haiphong und Nandinh sind ruhig. Die in den Flüssen in der Nähe von Bacninh vorgenommenen Reconnoisungen haben ergeben, daß die Kanonenboote dort hinreichend Wasser finden und sehr gute Dienste werden leisten können. Ein vom Feinde im Flusse Songcau errichteter Sperrdamm soll demnächst auseinander gesprengt werden.

Der Achsobampfer „Infern“ ist nach Suakin geschickt worden. — Laut Nachricht aus Saigon von heute ist General Millot mit seinem Generalstabe gestern dasselbst eingetroffen und heute nach Tonkin zurück gereist.

Brüssel, 5. Febr. Die Repräsentantenkammer lehnte mit 68 gegen 41 St. die Amendements ab, in denen eine Herabsetzung der Gehälter für die höheren katholischen Geistlichen beantragt wird.

London, 6. Febr. Heute hat ein Kabinettstheil stattgefunden, in welchem dem Vernehmen nach über die Lage in Egypten berathen werden sollte. Im Kriegsministerium werden Vorbereitungen zur Absendung beträchtlicher Verstärkungen nach Egypten getroffen. 8000 Mann könnten binnen 8 Tagen unterwegs sein. Der Kommandant des Transportdampfers „Euphrates“, der gestern mit Truppen von Bombay in Suez angekommen ist, hat Befehl erhalten, in Suez weitere Ordres der Admiraltät zu erwarten.

London, 5. Febr. Im Oberhause wies bei der Debatte über die an die Königin als Antwort auf die Thronrede zu erlassende Adresse Lord Granville die Kritik Salisburys zurück und erklärte, die von Salisbury angekündigte Bill gegen die Vieh einfuhr werde die Regierung sorgfältig in Erwägung ziehen. Was Egypten angebe, so halte die Regierung daran fest, die Truppen zurückzuziehen, sobald es die Verhältnisse gestatteten. Inzwischen sei es notwendig, daß Egypten die Ratschläge Englands befolge. Die englische Regierung habe längst der egyptischen Iren Entschluß mitgetheilt, den Rhedine in der Vertheidigung des eigentlichen Egyptens bis zum Roten Meere zu unterstützen; die Wiedereroberung des Sudans sei unthunlich. Die Adresse wurde schließlich angenommen. Richmond beantragte eine Bill beabs. Änderung des Gesetzes über die Vieh einfuhr. Dieselbe wurde in erster Lesung angenommen.

London, 6. Febr. Im Unterhause teilte der Minister des Ackerbaus, Dodson, mit, die Regierung beachtigte im Oberhause eine Vorlage einzubringen, durch welche die Vollmachten der Regierung bezüglich des Verbotes der Einfuhr fremden Viehs erweitert werden sollen. Labouchere kündigte ein Amendment zu der Adresse an, welches die schleunige Räumung Egyptens befürwortet. Der Premier Gladstone bestätigte auf eine Anfrage die Nachricht von der Niederlage Baier Pascha's und fügte hinzu, von dem General Gordon seien noch keine weiteren Nachrichten zu erwarten. Nebrigens berechneten die jüngsten unglücklichen Ereignisse in seiner Weise zu einer Änderung der Instruktionen Gordon's, welcher mit sehr bedeutenden diskretionären Gewalten ausgestattet sei. Der Rhedine habe Gordon zum Generalgouverneur des Sudan ernannt und ihm die Ausübung der Militär- und Zivilgewalt dasselb übertragen. — Churchill kündigte ein Amendment zu der Adresse an, in welchem die Absetzung des gegenwärtigen Kabinetts und Ersetzung desselben durch Rathgeber, welche das Vertrauen des Landes besitzen, verlangt wird. Der Sprecher erklärte das Amendment für ordnungswidrig. Der Unterstaatssekretär des Auswärtigen, Fitzmaurice, teilte mit, im Auswärtigen Amte sei bisher eine Bestätigung noch irgend eine andere Mitteilung über die angebliche Niederlage der egyptischen Truppen bei Sintat eingegangen.

Petersburg, 6. Febr. Der Kaiser hat dem Präsidenten der Deutschen Reichsbank von Düsseldorf den St. Annen-Orden 1. Klasse und dem Reichsbankdirektor Rott den St. Stanislausorden 2. Klasse mit dem Stern verliehen.

Belgrad, 6. Febr. Die Wahlen zur Slavscchina haben unter sehr reger Beteiligung begonnen. Das hier gewählte Wahlkomite ist ein regierungsfreundliches. — Bei dem Minister des Neuherrn fand gestern ein diplomatisches Diner statt, welchem sämtliche hiesige Vertreter des Auslandes bewohnt haben.

Bukarest, 5. Februar. Die Deputirtenkammer begann heute die Generaldebatte über das Budget pro 1884/85, welches mit 128 237 433 in Ausgabe und Einnahme abschließt. Die Kammer beschloß, das Budget in Erwägung zu ziehen.

Kairo, 5. Febr. [Telegramm des „Reuter'schen Bureaus.“]

Unter den vermischten Europäern, welche sich bei Baier Pascha's befanden, sind zwei deutsche Photographen und zwei Österreicher namens Meheburg und Donnahauer.

Kairo, 5. Febr. Ein aus Suakin von heute Abend datirte Meldung sagt: Baier Pascha begann seinen Vormarsch am Montag früh, der Zusammenstoß mit dem Feinde erfolgte am Montag Nachmittag. Die egyptischen Truppen haben alle zum Transport benutzten Kamelle und die ganze Bagage verloren. Baier Pascha, Oberst Harrington und die englischen Offiziere Major und Giles sind unversehrt. Tolar und Sintat haben sich dem Feinde noch nicht ergeben, ein Einsatz beider Plätze wird aber für unausführbar gehalten. Der Feind hat einen erfolglosen Versuch gemacht, Suakin die Versorgung mit Trinkwasser abzuschneiden.

Berlin, 7. Febr. [Abgeordnetenhaus, Abendsitzung.] Das Haus erledigte die Positionen für Elementarschulen, Kapitel 121, Titel 23a. bis 28a. unverändert und überwies den Antrag Bender, den Titel „Ruhelosigkeit und Unterstützung von Emigranten um hunderttausend M.“ zu erhöhen, an die Budgetkommission. Bei der Berathung der Position für Schulinspektoren verlangt Windthorst die Gründe zu wissen, weshalb die Anstellung geistlicher Schulinspektoren abgenommen habe. Unter Puttkamer hätten Beschwerden ein willigeres Ohr gefunden.

Minister v. Goßler erwidert, daß auch unter seiner Amtsleitung die Inspektion in zahlreichen Fällen Geistlichen übertragen worden sei, das Prinzip werde weiter verfolgt.

London, 7. Febr. Im Unterhause sagt Gladstone, Admiral Hewitt glaubt, zur Sicherheit Suakins gegen einen möglichen Angriff der Araber sei eine Verstärkung seiner Streitkräfte notwendig. Die Regierung habe daher Maßregeln getroffen, um ihm größere Streitkräfte zu geben und Suakin zu sichern.

London, 7. Febr. Gestern Nachmittags wurde eine zweite Ministerkonferenz abgehalten. Darauf gingen Depeschen an Generalkonsul Baring und den Admiral Hewitt ab. In Folge einer Einladung des Kriegsministeriums hatten die Vertreter der großen Schiffsahrts-Kompanien eine Unterredung mit dem Vorstande des Transport-Departements um zu konstatiren, wieviel Schiffe nötig wären, und wieviel nötigenfalls der Regierung zum Truppentransport zur Verfügung gestellt werden könnten. Es wurden der Regierung Schiffe angeboten, die genügend erscheinen, um 8000 Mann zu transportieren.

Kairo, 6. Febr. Eine Depesche Baier Pascha's an Generalkonsul Baring meldet, die Zahl der Insurgenten, welche die egyptischen Truppen angreifen, habe unter 1000 Mann betragen. Die egyptischen Soldaten aber, auch die schwarzen Truppen hätten ihre Waffen fortgeworfen und seien davon gerannt. Baier Pascha und sein Offizierstab waren in großer Gefahr, von dem Feuer ihrer eigenen Leute getötet zu werden.

Berantwortlicher Redakteur: C. Fontane in Posen.
Für den Inhalt der folgenden Mittheilungen und Inserats übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.

Meteorologische Beobachtungen zu Posen im Februar.

Datum	Barometer auf 0 Gr. reduz. in mm. 82 m Seehöhe	Wind.	Wetter.	Temp. i. Cels. Grad.
6. Nachm. 2	762,2	W schwach	bedeckt ¹⁾	+ 7,0
6. Abends. 10	760,2	W schwach	bedeckt	+ 4,8
7. Morgs. 6	760,1	W mäßig	bedeckt	+ 4,6

¹⁾ Regenhöhe: 0,1 mm.
Am 6. Wärme-Maximum: + 8°0 Cels.
- Wärme-Minimum: + 5°0 -

Wasserstand der Warthe.
Posen, am 6. Februar Morgens 2,84 Meter.
- 6. Mittags 2,86
- 7. Morgens 2,86

Telegraphische Börsenberichte.

Fonds-Course.

Frankfurt a. M., 6. Febr. (Schluß-Course.) Noch matter, Börse fest, Schluß wieder abgeschwächt. Lond. Wechsel 20,44. Pariser do. 81,20. Wiener do. 168,40. R. M. S. A. — Rheinische do. — Hess. Ludwigsh. 109, R. M. Pr. Anth. 126. Reichsanl. 102, Reichsbank 148, Darmst. 153, Kleining. Bl. 92, Hess. Anl. 707,25. Kreditaktien 26, Silberrente 67, Papierrente 67, Goldrente 84, Ung. Goldrente 75, 1860er Loose 119, 1864er Loose 315,60, Ung. Staatsl. 222,80, do. Ostb. Ob. II. 98, Böhm. Westbahn 259, Elisabethb. — Nordwestbahn 154, Galizier 251, Franzosen 269, Lombarden 120, Italiener 92, 1877er Russen 90, 1880er Russen 72, II. Orientanl. 56, Centr. Pacific 110, Diskonto-Kommandit — III. Orientanl. 56, Wiener Bankverein 94, 5% österreichische Papierrente 79, Buschterminer — Egypten 60, Gotthardbahn 100.

Türken 9, Edison 110, Lübeck-Büchener 154, Lothr. Eisenwerte — Marienburg-Märkte — Nach Schluß der Börse: Kreditaktien 266, Franzosen 269, Galizier 251, Lombarden 121, II. Orientanl. — III. Orientanl. —, Gaunder 67, Gotthardbahn 101, Spanier — Marienburg-Märkte —, 1880er Russen

Wien, 6. Febr. (Schluß-Course.) Schluß erholt.

Papierrente 79,80, Silberrente 80,40, Oesterl. Goldrente 100,95, 5% ungarische Goldrente 121,65, 4% ung. Goldrente 89,62, Börsen ungar. Papierrente 87,45, 1864er Loose 123,50, 1860er Loose 136,00, 1864er Loose 172,00, Kreditloose 172,50, ungar. Prämien 115,70, Kreditaktien 305,80, Franzosen 318,75, Lombarden 143,80, Galizier 295,70, Kasch.-Oberb. 146,50, Bardubitzer 148,50, Nordwestbahn 183,00, Elisabethbahn 227,20, Nordbahn 2620,00, Oesterl. Ung. Bank —, Türk. Loose —, Unionbank 112,00, Anglo-Afrik. 115,00, Wiener Bankverein 106,40, Ungar. Kredit 304,50, Deutsche Blätze 59,20, Londoner Wechsel 121,10, Pariser do. 48,10, Amsterdamer do. 100,10, Napoleon's 9,61, Doklaten 5,67, Silber 100,90, Marknoten 59,20, Russische Banknoten 1,17, Lemberg-Gernowitz —, Kronpr. Rudolf 177,50, Franz. Soie —, Dur-Bodenbach —, Böhm. Westb. —, Elbthalb. 196,00, Tramway 228,30, Buschterminer —, Oesterl. Börsen 94,85, Nachbörse: Ungarische Kreditaktien 305,50, österreichische Kreditaktien 306,70, Franzosen —, Lombarden —, österl. Goldrente 101,20, Silberrente —, 4% ungar. Goldrente 89,75, Galizier —, Elbthalbahn —, Nordbahn —, 5% österl. Papierrente —

Petersburg, 6. Febr. Wechsel auf London 23, II. Orient-Anleihe 93, III. Orientanleihe 93, Privatdiskont — p. St. Neu Goldrente 163.

London, 6. Febr. Consols 101, Italienische 5% orientalische Rente 91, Lombarden 12, Sproz. Lombarden alte 11, Sproz. do. neu —, Sproz. Russen de 1871 86, Sproz. Russen de 1872 86, Sproz. Russen de 1873 85, Sproz. Türken de 1865 9, 4% Sproz. fundierte Amerik. 126, Österreichische Silberrente 66, do. Papierrente —, 4% Sproz. Ungarische Goldrente 74, Oesterl. Goldrente 84, Spanier 60, Egypten 100, Unentschieden.

Suez-Aktien 83, Silber —, Glassdiskont 3 p. St.

Produktmarkte.

Bremen, 6. Febr. Petroleum (Schlußbericht) besser. Standard white loco 8,35 bez., per März 8,45 bez., per April 8,50 Br., per Mai 8,70 Br., per August-Dez. 9,10 Br.

Hamburg, 6. Febr. (Getreidemarkt.) Weizen loco unveränd., auf Termine ruhig, per April-Mai 176,00 Br., 175,00 Gd., per Mai-Juni 178,00 Br., 177,00 Gd. — Roggen loco unv., auf Termine ruhig, per April-Mai 134,00 Br., 133,00 Gd., per Mai-Juni 134,00 Br., 133,00 Gd. — Hafer und Gerste unver. — Rüböl ruhig, loco 66, per Mai 66, — Spiritus unveränd., per Februar 39, Br., per März 39, Br., per April-Mai 40 Br., per Mai-Juni 40 Br. — Kaffee ruhig, geringer Umsatz. — Petroleum fest, Standard white loco 8,70 Br., 8,65 Gd., per Februar 8,50 Gd., per März 8,50 Gd. — Wetter: Regen.

Wien, 6. Febr. (Getreidemarkt.) Weizen per Februar 9,80 Gd., 9,85 Br., per Frühjahr 9,92 Gd., 9,97 Br. — Roggen per Frühjahr 9,15 Gd., 9,20 Br., pr. Mai-Juni 8,22 Gd., 8,27 Br. Mais per Mai-Juni 7,00 Gd., 7,05 Br. Hafer pr. Frühjahr 7,45 G., 7,50 Br., per Mai-Juni 7,50 Gd., 7,55 Br.

Berlin, 6. Febr. (Productenmarkt.) Weizen loco unveränd., auf Termine ruhig, per April-Mai 176,00 Br., 175,00 Gd., per Mai-Juni 178,00 Br., 177,00 Gd. — Roggen loco unv., auf Termine ruhig, per April-Mai 134,00 Br., 133,00 Gd., per Mai-Juni 134,00 Br., 133,00 Gd. — Hafer und Gerste unver. — Rüböl ruhig, loco 66, per Mai 66, — Spiritus unveränd., per Februar 39, Br., per März 39, Br., per April-Mai 40 Br., per Mai-Juni 40 Br. — Kaffee ruhig, geringer Umsatz. — Petroleum fest, Standard white loco 8,70 Br., 8,65 Gd., per Februar 8,50 Gd., per März 8,50 Gd. — Wetter: Regen.

Antwerpen, 6. Febr. Petroleum (Schlußbericht). Raffinerie, Type weiß, lolo 20 bez., 21 Br., per März 21 Br., per April 21 Br., per Sept.-Dezember 22 bez. u. Br. fest.

Amsterdam, 6. Febr. Getreidemarkt (Schlußbericht) Weizen auf Termine unveränd., per März 248. Roggen lolo fest, auf Termine unveränd., per März 162, per Mai 165. Rüböl loco 40, per Mai 38, per Herbst 36.

London, 6. Febr. Havannazucker Nr. 12 19, nominell. Centrifugal Kuba —

London, 6. Febr. An der Börse angeboten 2 Weizenladungen. Wetter: Trübe.

London, 6. Febr. Getreidemarkt (Schlußbericht) Fremde Zufuhren seit letztem Montag: Weizen 21,80, Gerste 31,10, Hafer 44,40 Orts.

Sämtliche Getreidearten träge, Preise unverändert.

Hull, 5. Febr. Getreidemarkt. Weizen ungefähr 1 Sh. billiger. Wetter: Milde.

Marktpreise in Dresden am 6. Februar.

Festsetzungen der städtischen Markts- Deputation.	gute		mittlere		geringe Ware	
Höchst R. Pf.	Rie- digst. R. Pf.	Höchst R. Pf.	Rie- digst. R. Pf.	Höchst R. Pf.	Rie- digst. R. Pf.	

<tbl_r cells="7" ix="3" maxcspan="1" maxrspan="1" usedcols="

Produkten-Börse

Berlin, 6. Febr. Wind: W. Wetter: Trübe und milde. Wir können heute zu unserem Bedauern nichts anderes als neue Variationen des alten Themas „Geschäftsunlust“ bieten. Von bestimmt ausgesprochener Tendenz war dabei keine Rede.

Lolo - Weizen in seiner polnischen Ware besser beachtet. Für Termine gab es trotz der festen Pariser und ungarischen Berichte nur sehr wenig Kauflust, weshalb die geistige Besserung bei lebhaftem Geschäft wieder verloren ging. In den auswärtigen Öfferten haben wir Veränderungen nicht wahrgenommen.

Lolo - Roggen ging zu festen Preisen mäßig um. Mehrere nachschwimmende Ladungen russischer Ware wurden in Tausch gegen Frühjahr mit Aufgeld von Platzmühlen genommen. Trotzdem war im Terminverkehr die Haltung eher matt und stellten sich auch die Kurse für alle Sichten etwa 1/2 Mark niedriger, weil die in letzter Zeit auffallend zurückgehaltenen Öfferten von der russischen Ostsee heute wieder in größerem Umfang, wenn auch nicht gerade rentabel, vorhanden waren und mehrfach Prämien-Abgaben vollzogen wurden. Ueberdies soll auch ein Dampfer Salonicum per Februar-März a 128^{1/2} M. c.i.f. Hamburg verschlossen sein. Räuchlich blieb: 116-117 Pf. Febr.-März von Libau und Riga a 132 M., do. Königsberg (verzollt) a 141 M., Reval per Frühjahr a 134 M. c.i.f. Stettin.

Hafer in loko gut behauptet. Termine matt.

Roggenmehl unverändert. Mais füll. Termine matt. Für **Rüböl** gab es nur geringe Nachfrage, das mäßigen Realisationen genügten, den Preis um 1/2 M. zu drücken.

Petroleum in bei stillen Verlehr preishaltend. **Spiritus** hat in effektiver Ware und Terminen eine geringfügige Besserung erfahren, war aber sehr wenig belebt.

(Amtlich.) **Wetzen** vor 1000 Kilogramm 165-204 Mark

nach Dual. gelbe Lieferungsqualität 172,5 Mark, gelber märkischer — ab Bahn bez., ufermärkischer ab Bahn bez., vor diesen Monat — bez., vor April-Mai 175,25-174,75 M. bez., vor Mai-Juni 177,25 bis 177 M. bez., vor Juni-Juli 179,05-179 M. bez., vor Juli-August 181,25-181 M. bez., vor September-Oktober — M. bez. Durchschnittspreis — M. — M. Gelfündigt — Bentner.

Roggengen per 1000 Kilogramm loko 138-157 nach Qualität, Lieferungsqualität 148 M., russischer feiner 144,5 M. ab Kahn bez., mittel 146-147 ab Bahn bez., inländischer guter — M. ab Bahn bez., seiner 153-154 ab Bahn M. bez., klarer — bez., abgelaufene Anmeldungen — bez., vor diesen Monat 148,5-148,25, vor April-Mai 148,75 bis 148,5 M. bez., vor Mai-Juni 148,5-148,5 M. bez., vor Juni-Juli 149,5-149,25 bez., vor Juli-August 150,25-150 M. bez. — Durchschnittspreis — M. — Gelfündigt 2000 Str.

Geferte vor 1000 Kilogramm große und kleine 130-200 M. nach Qualität bez., Brennerfeine — M. Futtergerste — bez.

Hafer vor 1000 Kilogr. loko 126-160 n. Dual, Lieferungsqualität 129 M. pomm. 138-142 bez., guter — schlesischer 140-147 bez., vor diesen Monat — M. preuß. 141-144 M. bez., russ. geringer 131 bez., guter 135-142 M. bez., seiner 141-148 M. bez., geringer — ab Bahn bez., vor April-Mai 129,05-129,25 bez., vor Mai-Juni 130 bis 129,75 bez., vor Juni-Juli 130,5 bez., vor Juli-August — bez. — Durchschnittspreis — M. — Rindigungsscheine — M.

Erben Kochwaren 180-235, Futterwaren 158-172 M. per 1000 Kilogr. nach Qualität.

Kartoffelmehl per 100 Kilogramm brutto inkl. Sad. Lolo nach Dual. 22-23 M. vor diesen Monat —, vor Febr.-März und vor März-April 21,05 M. bez., — M. Br., vor April-Mai 21,75 M. bez., — M. Br., vor Mai-Juni 22,00 M. Br., vor Juni-Juli — M.

Wetzen mehr 1/2 M. 00 26,50-24,75, Nr. 0 24,75-23,25, Nr. 0 u. 1 22,00 bis 20,00.

Roggengen mehr 1/2 M. 0 22,25 bis 20,50, Nr. 0 u. 1 20,25 bis 18,50 M.

Rüböl per 100 Kilogramm loko mit Fass — bez., ohne Fass — M. per diesen Monat — M. bez., vor Febr.-März — M. bez., vor März-April — M. per April-Mai 65,3-65 M. —, vor Mai-Juni 65,4-65,1 bez., vor September-Oktober 62 bez. Abgelaufene Anmeldungen — M. bez. Durchschnittspreis — M. Gelfündigt — Alg. Petrolatum, raffiniertes (Standard white) per 100 Kilogr. mit Fack in Porten von 100 Kilogr. loko — M. per diesen Monat 25,9 bez., vor Febr.-März 25,4 M. per März-April — bez., per April-Mai — M. bez. — Durchschnittspreis — M. — Gel. — Bentner.

Spiritus Per 100 Liter a 100 Pf. = 10,000 Liter v.G. loko ohne Fack 47,5-47,4 M. bez., loko mit Fack — bez., Anmeldungen —, mit leibweinen Gebinden — bez., ab Speicher — bez., frei ins Haus — Markt, vor diesen Monat — bez., vor Febr.-März 47,9 bis 47,7 bez., vor März-April — M. bez., vor April-Mai 48,3-48,4 M. bez., vor Mai-Juni 48,7-48,8-48,7 bez., vor Juni-Juli 49,4 bez., vor Juli-August 50,3 bez., vor Aug.-Sept. 50,7 bez. — Gelfündigt 20,000 Liter Durchschnittspreis — M.

Trockene Kartoffelnäthe vor 100 Kilogramm brutto inkl.

Bonds- und Aktien-Börse.

Berlin, 6. Febr. Die heutige Börse stand unter dem Eindruck der weniger günstigen fremden Notierungen und eröffnete in wenig fester Haltung und mit wenig veränderten Kursen auf spekulativem Gewicht. Die Kurse zeigten teilweise etwas niedriger ein, konnten sich aber weiterhin ziemlich behaupten und in der zweiten Hälfte der Börsenzeit wohl auch etwas bessern. Die Spekulation bat sich sehr reservirt und Geschäft und Umsätze bewegten sich Anfangs in engen Grenzen. Später trat auch in dieser Beziehung teilweise eine Besserung ein. Gleich bei Beginn der Börse zeigten Franzosen und Lombarden festere Haltung, während andere Österreichische Bahnen schwach und besonders Elbthalbahnen matt lagen.

Der Kapitalmarkt erwies sich fest für heimische solide Anlagen, während fremde, festen Zins tragende Papiere der Haupttendenz entsprechend eher etwas schwächer waren.

Die Kassawerte der übrigen Geschäftszweige blieben ruhig bei meist ziemlich fester Haltung.

Der Privatdiskont wurde mit 24 v.G. notirt.

Auf internationalem Gebiet zeigten Österreichische Kreditaktien schwächer ein, schlossen aber etwas besser und lebhafter.

Österreichisch-Ungarische Renten waren behauptet und füll. Russische Anleihen vernachlässigt.

Deutsche und preußische Staatsfonds hatten in fester Haltung mäßige Umsätze für sich! inländische Eisenbahn-Aktien waren teilweise gefragt.

Bankaktien waren ziemlich fest und ruhig; Diskonto-Kommandit-Anteile fester, auch Deutsche und Darmstädter Bank etwas besser.

Industriepapiere fest und teilweise belebt, besonders Brauerei- und Maschinen- und Gesellschafts-Aktien; Montanwerthe ziemlich fest und ruhig.

Inländische Eisenbahn-Aktien wenig verändert und ruhig.

Umrechnungs-Sätze: 1 Dollar = 4,25 Mark. 100 Franks = 80 Mark. 1 Gulden österl. Währung = 2 Mark. 7 Gulden südd. Währung = 12 Mark. 100 Guilden holl. Währung = 170 Mark.

1 Mark Banco = 1,50 Mark. 100 Rubel = 320 Mark. Livre Sterling = 20 Mark.

Wertschriften.

Banknoten und Banknoten.

Sovereigns pr. St. 20,35 b*b*

20 Francs-Stück 16,215 b*b*

Dollar pr. St. 100 Fr. 8 T. 4

Paris 100 Fr. 8 T. 3

Wien, östl. Währ. 8 T. 4

Vetersb. 100 R. 3 B. 6

Warich. 100 R. 8 T. 6

Goldsorten und Banknoten.

Sovereigns pr. St. 20,35 b*b*

20 Francs-Stück 16,215 b*b*

Dollar pr. St. 100 Fr. 8 T. 4

Imperialis pr. St. 20,445 b*b*

Engl. Banknoten 168,75 b*b*

Französ. Banknot. 168,75 b*b*

Österl. Banknot. 197,80 b*b*

Russ. Ruten 100 R. 197,80 b*b*

Hinweis der Reichsbank.

Beckel 4 v.G., Bombard 5 v.G.

Bonds- und Staats-Papiere.

Östl. Reichs-Anl. 4 102,70 b*b*

Kons. Preuß. Anl. 4 103,80 b*b*

do. 4 102,50 G

Staats-Anleihe 4 101,50 G

Staats-Schuldj. 3 99,00 b*b*

Kurz-Reum. Sch. 3 99,00 b*b*

Beri. Stadt-Oblig. 4 108,75 G

do. do. 4 101,80 b*b*

do. do. 3 96,60 G

Banknoten.

Berliner 5 109,40 b*b*

do. 4 105,10 b*b*

do. 4 101,90 b*b*

Bandeschi. Central 4 101,90 b*b*

Kur. u. Neumärk. 3 97,25 b*b*

do. neue 3 94,25 b*b*

do. 4 102,00 b*b*

R. Branden. Krebit 3 92,80 G

Ostpreußische 4 101,80 b*b*

do. 4 101,80 b*b*

Pommersche 3 92,80 b*b*

do. 4 102,40 b*b*

do. 4 102,10 G

Bösenische neu 4 101,70 b*b*

do. 4 101,80 b*b*

Sächsische altland. 3 do. Lit. A. 3

do. neue II. 4

do. 3 92,70 b*b*

Wespr. rittersc. 3 102,30 b*b*

do. 4 102,30 b*b*

do. Reulsd. II. 4 101,70 b*b*

Rentenbriefe.

Rar. u. Neumärk. 4 101,50 G

Pommersche 4 101,50 G

Bösenische 4 101,50 G

Preußische 4 101,50 G

Abein. u. Westf. 4 101,50 G

Sächsische 4 101,50 G

Schlesische 4 101,50 G

Bayer. Anl. 1875 4 102,70 B

Brem. do. 1880 4 102,00 G

Hamb. St.-Rente 3 91,20 b*b*

Sächs. do. 82,75 G

Pr. Br.-Anl. 1855 3 137,00 b*b*

Heß. Br.-Sch. 40 T. 294,00 b*b*

Bad. Br.-Anl. 1867 4 133,90 B

do. 55 T. 135,10 b*b*

Bauer. Bräm. Anl. 4 135,10 b*b*

Brüderl. 20 T. 98,70 b*b*

Söld. Wind. Br. 3 126,20 b*b*

Do. St.-Br.-Anl. 3 123,50 b*b*

do. II. Abth. 5 114,40 b*b*

do. II. Abth. 5 112,10 b*b*

Böhm. Pfds. 3 183,50 ebg*b*

Böhm. 50 T. 27,10 G

Rein. 7 T. 27,10 G

Rein. H. Br.-Pfd. 4 116,50 b*b*

Olden. 40 T. 149,25 b*b*

do. 50 T. 149,2